antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 63 **April 2009**

Keine Stimme den Nazis, weder im Parlament noch auf der Straße

Überall regt sich Widerstand gegen die Kandidaturen von NPD und DVU

In Pinneberg hat sich am 20. März auf Initiative der VVN-Bund der Antifaschisten auf Kreisebene ein Bündnis „Keine Nazis in die Parlamente“ gegründet. Vertreter von Organisationen und Einzelpersonen aus Pinneberg, Elmshorn, Wedel, Barmstedt und Schenefeld brachten ihre Sorge über die verstärkten Naziaktivitäten im Land und im Kreis Pinneberg zum Ausdruck und betonten die Notwendigkeit, breite Bündnisse ins Leben zu rufen, um die rechten Parteien aus weiteren Parlamenten fern zu halten. Das Pinneberger Bündnis will seine Arbeit über die Europa- und Bundestagswahl hinaus bis zur Landtagswahl 2010 fortführen, wo die NPD ins Kieler Landesparlament einziehen will. Dabei hoffen die Nazis nach eigenen Bekundungen auf eine Verschärfung der Wirtschaftskrise, deren sozialer Sprengstoff ihnen die Möglichkeit bietet, Anhänger und Wähler zu gewinnen.

Die Parolen von NPD und DVU, werden bestimmt vom rassistischen Gegeneinander von „Deutschen“ und „Nichtdeutschen“, das sich in Losungen wie „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche“, „Kriminelle Ausländer raus“ und ähnlichen Losungen äußert. Vor allem um die Jugend bemühen sich NPD und DVU, weil sie dort die beste Resonanz auf ihre soziale Demagogie erhoffen. Es sei kein Zufall, dass mit dem unrühmlich bekannten Thomas „Steiner“ Wulff ein Vertreter der gewaltbereiten Freien Kameradschaften den dritten Platz auf der NPD-Landesliste zur Bundestagswahl einnimmt.

„Keine Nazis in die Parlamente“ ist auch das Motto des Kieler Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus. Kiel stand in den letzten Wochen im Brennpunkt nazistischer Aktivitäten. Sie richteten sich gegen linke Organisationen und Einrichtungen. Im Büro der DKP wurde die Eingangstür mit Naziparolen beschmiert, im Buchladen Zapata gingen Schaufensterscheiben zu Bruch, ebenso in der Hansa-Druckerei. ⟶

Über 3000 Menschen gegen den Naziaufmarsch in Lübeck!



Mit einer eindrucksvollen Kundgebung und einem Gedenken an die vom Bahnhof deportierten jüdischen Mitbürgerinnen demonstrierten Menschen aus Lübeck, Schleswig-Holstein, Dänemark, Dresden usw. gegen den Aufmarsch der Nazis. Der Naziaufmarsch konnte zwar nicht gestoppt – ihre Marschroute aber verkürzt werden. Leider gab es Fälle von unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen.

Fotocollage: Lore Meimberg

Kommentar

Neonazis setzen auf die Jugend

NPD und DVU haben sich intern geeinigt und ihre Positionen zu den bevorstehenden EU- und Bundestagswahlen abgestimmt. Die NPD kandidiert mit Landeslisten zur Bundestagswahl, die DVU mit einer Bundesliste zur Europawahl. Nicht allein diese Übereinkunft im neofaschistischen Lager signalisiert ihre politische Gemeinsamkeit. Sie zeigt sich auch ideologisch und politisch.

Predigt die NPD „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche“, aktualisiert die DVU diese Losung in Bezug auf die Wirtschaftskrise „Deutsches Geld soll nur für Deutschland investiert werden“. Predigen die einen Ausländerfeindlichkeit offen, so tun es die anderen verdeckt, indem sie sich in Worten von ausländerfeindlichen Übergriffen distanzieren, zugleich aber beklagen, dass die Gewalttaten von Menschen ausländischer Herkunft von den Medien verschwiegen und verharmlost würden. Deutsch sein bedeute redlich, offen, ehrlich von Charakter und Herz zu sein, tönte der neue Bundesvorsitzende der DVU, Matthias Faust. Deutsch sein und Charakter haben, sei gleichbedeutend. Wer sich nur etwas mit der Ideologie der Nazis beschäftigt hat, könnte solche Sprüche ergänzen.

Dahinter verbirgt sich nicht nur Deutschtümelei, sondern ganz normaler Rassismus. Wir wissen, wohin das geführt hat.

Auch die Zielgruppen dieser beiden Parteien sind gleich: die Jugend, der Mittelstand und die Revanchisten vom Bund der Vertriebenen um die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die nichts unterlässt, um die Konfrontation mit Polen zu schüren.

Die NPD Schleswig-Holstein setzt auf die Unterstützung der gewaltbereiten Freien Kameradschaften, daher hat sie den bundesweit bekannten Repräsentanten dieser Szene, Thomas „Steiner“ Wulff, auf Platz 3 ihrer Landesliste gesetzt. Die DVU betont ebenfalls: „Wir werden nicht nur in den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament ganz klar auf die Jugend setzen. Die DVU steht für eine Politik, die von der nachwachsenden Generation gewünscht wird: eine rechte Politik, die weder Islamisierung noch eine Aushebelung der Freiheits- und Bürgerrechte wünscht. Was sich in Kameradschaften und rechten Jugendnetzwerken entwickelt, werden wir nicht zu kopieren versuchen. Die DVU wird aber dieser Wählergruppe deutlich machen, dass von uns die Interessen der Jugend in den Parlamenten vertreten wird. Der Dialog mit den Freien Kameradschaften, mit der Jugend hat für mich oberste Priorität“, so der Bundesvorsitzende Faust.

Gerade hat eine in Niedersachsen vorgenommene Studie über Rechtsextremismus unter Jugendlichen unter 4.500 Neuntklässlern in 61 Landkreisen und kreisfreien Städten ergeben, dass jeder fünfte Junge und jedes fünftes Mädchen ausländerfeindlich sei. 6,4 % der Jungen und 2,4 % der Mädchen waren außerdem noch antisemitisch. Die Schulhof-CDs und die Musikkultur der Nazis haben dazu beigetragen. Jedes Jahr, so gab die Bundesregierung auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Linke) zu, fänden 30 solcher Konzerte statt. Zur gleichen Zeit wurden soziale Projekte für die Jugend finanziell ausgetrocknet und eingestellt.

Ganz offensichtlich in Anknüpfung an Erfahrungen der Nazis in der Weimarer Republik setzen die rechten Demagogen von NPD und DVU in der Zeit der Wirtschaftskrise erneut auf den Mittelstand, den sie vor ihren Karren spannen wollen. Abgeordnete dieser Parteien stellen in Landtagen Anträge, Hilfsaktionen für den Mittelstand zu beschließen: „Handwerker retten – nicht die Banken.“ Der Autor eines Artikels in der NPD-Zeitung hoffte schon im Jahre 2003: „Nur eine radikale Verschärfung der Systemkrise bietet die Chance zur Überwindung eben dieses Systems. Nur die Not als Lehrmeisterin verdummter Massen kann die Volksgemeinschaft als Mangel- und Solidargemeinschaft wieder auferstehen lassen.“

Wie nah sich die beiden Parteien sind, zeigte unlängst der brandenburgische NPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Molau, der Mitglied der DVU wurde – als Doppelmitglied. Seine Begründung: es dürfe kein Gegeneinander mehr im nationalen Bereich geben.

Mehrere Initiativen in Schleswig-Holstein haben zur breiten antifaschistischen Gegenwehr aufgerufen. Sie wollen der menschenverachtenden Propaganda von Nazis und anderen Rassisten entgegengetreten. Den Einzug von weiteren Nazis in die Parlamente zu verhindern, ist eine dringende Aufgabe. *Günther Wilke*

Fortsetzung von Seite 1

Zur selben Zeit, als das geschah, diffamierte ein Abgeordneter der NPD in der Kieler Ratsversammlung die Aktion „Stolpersteine“ zur Erinnerung an die Opfer des Hitlerfaschismus. Er forderte, alle bisher in der Landeshauptstadt niedergelegten Stolpersteine für jüdische Bürger, für Sozialdemokraten und Kommunisten auf ihre Berechtigung zu untersuchen. Der NPD-Vertreter nannte Gunter Demnig, den Initiator der Aktion, einen „selbsternannten“ Künstler, dem er indirekt unterstellte, mit unwahren Informationen zu arbeiten. Bisher wurden in Kiel mehr als 40 Stolpersteine verlegt. Die nächsten sind Ende April für Opfer des NS-Terrors vorgesehen, darunter Kommunisten, Bibelforscher, jüdische Menschen und auf Vorschlag eines Gymnasiums der Reichstagsabgeordnete der DNVP, Dr. Ernst Oberfohren.



Bis zum 8. Mai 2010 wird die von der VVN-Bund der Antifaschisten begonnene Kampagne „NO NPD“ weitergeführt, die mit der Sammlung von 175.000 Unterschriften für ein NPD-Verbot begonnen wurde.

Spurensuche



Antje Kosemund

Die VVN-BdA Wedel und der Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit luden aus Anlass des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar zur „Spurensuche“ in die Stadtbücherei ein. „Die Euthanasie-Morde der Nazis – ein noch nicht abgeschlossenes Kapitel deutscher Geschichte“, lautete der Untertitel der Veranstaltung.

Die Referentin Antje Kosemund aus Hamburg begann in den 80er Jahren nach den Spuren ihrer Schwester Irma Sperling zu suchen. Dabei fand sie heraus, dass die Schwester im Rahmen des Euthanasieprogramms der Nationalsozialisten ermordet worden ist. Sie gehörte zu den über 200.000 Menschen, die der so genannten „Aktion T 4“ zum Opfer fielen. T 4 ist nach einem Gebäude benannt, in welchem die Nazis dieses Programm beschlossen hatten.

Irma Sperling, ein behindertes Kind, wurde der kinderreichen Familie im Jahr 1933 weggenommen und im Alter von vier Jahren in den Alsterdorfer Anstalten in Hamburg untergebracht. Was danach geschah, hat Antje Kosemund erst Jahrzehnte später erforschen können. Ihre Schwester Irma wurde 1934 mit 13 weiteren Kindern nach Wien in die berüchtigte „Kinderfachabteilung – Am Spiegelgrund“ gebracht. Die Krankenblätter, die Antje Kosemund erst nach intensiven Nachfragen erhielt, enthüllten, dass sich das Körpergewicht ihrer Schwester in den ersten acht Wochen von 40 kg auf 28 kg verringerte. Die Pfleglinge mussten hungern. Irma ist jetzt 13, das jüngste der dort lebenden Kinder 4 Jahre alt. 3 1/2 Monate später lebt von den 14 Kindern keines mehr. In den Monaten vor der Ermordung werden an den Mädchen pseudowissenschaftliche Untersuchungen vorgenommen. Am 8. Januar 1944 wurde Irma ermordet.

Die Gehirne der insgesamt 770 ermordeten Kinder sammelten die Ärzte zu Forschungszwecken in Gläsern, gestapelt in Holzregalen einer Kammer. Einer der grausamen Ärzte vom Spiegelgrund ist Heinrich Gross, dem im Jahr 2000 in Wien der Prozess gemacht wurde. Ein 1950 gegen ihn eingeleitetes Verfahren wurde eingestellt. Das ermutigte Gross, mit Hilfe „seiner“ Gehirne in der Wiener Psychiatrie weiter als „Wissenschaftler“ tätig zu sein und eine Karriere als Gerichtsgutachter zu beginnen. Als er nun auf Grund der ermittelten Fakten erneut vor Gericht gestellt wird, konnte er sich „ an nichts mehr erinnern“. Der Prozess wurde wegen seines angeblich schlechten Gesundheitszustandes „auf unbestimmte Zeit vertagt“. Soweit die Referentin Antje Kosemund.

Auf den antifaschistischen Stadtrundgängen der VVN-BdA wird auch in Wedel nach Opfern der Euthanasie geforscht. Innerhalb eines Jahres gelang es, vier bisher unbekannte Euthanasiefälle in Wedel nachzuweisen.

Es geht z. B. um die Ehefrau des Wedeler Unternehmers Theodor Johannsen, um Herbert Borchert und um eine junge Frau, die in der „Heilanstalt für Geisteskranke“ in Meseritz-Obrawalde ums Leben kam. Sie war dort eingewiesen worden, weil sie zum zweiten mal einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte. Beim vierten Fall handelt es sich um eine psychisch kranke Frau, die in der berüchtigten Vernichtungsanstalt Brandenburg umgebracht wurde.

Im Zuge der örtlichen Stadtrundgänge wird die VVN-BdA weiteren Spuren nachgehen.

Erklärung des ver.di-Bezirksvorstandes Kiel-Plön zu Naziaktivitäten

In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 2009 wurden in der Hansa-Druckerei und beim Buchladen Zapata in Kiel Scheiben eingeworfen, bei der DKP die Eingangstür des Club M beschmiert. Mit diesen Taten brüsteten sich Mitglieder der militanten faschistischen „Aktionsgruppe Kiel“ auf ihrer Internetseite und drohen weitere Gewalttaten an; die Landeshauptstadt Kiel solle im „Kampfjahr 2009“ wieder „Frontstadt“ werden.

Auf ihrer Sitzung am 16. Februar 2009 verabschiedeten die Mitglieder des ver.di-Bezirksvorstandes dazu folgende Erklärung:

„Mit Empörung haben wir die neuerlichen Anschläge faschistischer Verbrecher auf demokratische, alternative Einrichtungen in Kiel zur Kenntnis genommen. Wir erklären uns mit den betroffenen Menschen solidarisch und bekräftigen unsere Forderung nach dem Verbot und der vollständigen Auflösung der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen. Opfer faschistischer Gewalt werden immer wieder auch Gewerkschaftsmitglieder, so erst vor zwei Tagen im Anschluss an die Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden. Da die Nazis in Kiel weitere Gewalttaten angekündigt haben und mit einem aggressiven Bundestagswahlkampf der NPD zu rechnen ist, rufen wir unsere Mitglieder und alle Demokratinnen und Demokraten auf, Gesicht zu zeigen gegen Faschismus und Rassismus und immer wieder in geeigneter Form gemeinsam den Faschisten entgegen zu treten.“

Ehrenbürger?

Warum Karl-Otto Meyer die Würdigung ablehnte

Vor kurzem haben die schleswig-hosteinischen Medien die Nachricht verbreitet, dass der langjährige Landstagsabgeordnete Karl-Otto Meyer die Ehrenbürgerschaft des Landes Schleswig-Holstein abgelehnt hat. Meyer, der aus einer von den Nazis verfolgten Familie der dänischen Minderheit kommt, war von 1971 bis 1996 Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW). Nach Recherchen von Journalisten nannte er drei Gründe für die Ablehnung der Würdigung.

Erstens: die Gleichstellung der dänischen Minderheit sei immer noch nicht vollzogen. Er könne seinen Enkeln und Urenkeln nicht mehr ins Gesicht sehen, wenn er die Ehrung annähme.

Zweitens: Motivation für sein politisches Engagement sei „immer die Minderheit, nicht Deutschland oder Schleswig-Holstein“ gewesen. So gesehen, wäre diese Auszeichnung „nicht gerechtfertigt“.

Drittens: 1987 – als der Landtag nach der Barschel/Pfeiffer-Affäre durch ein Patt gelähmt war, habe man ihn zu überreden versucht, einen CDU-Ministerpräsidenten mit zu wählen. 2005 aber hätten die Christdemokraten und Carstensen dem SSW das Recht abgesprochen, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu tolerieren und damit offenbart, dass sie die Mandate der dänischen Minderheit für nicht vollwertig hielten. „Das kann ich nicht vergessen“, sagte Karl-Otto Meyer.

Antifaschistische Nordkonferenz vom 20.2. bis 22.2.2009 in Heideruh

Herausforderungen

Internationale Verbindungen und Militärpolitik bei der Extremen Rechten standen am Anfang der diesjährigen Nordkonferenz am 21./22. Februar in Heideruh zur Debatte. Das gut besuchte Bildungsseminar der norddeutschen VVN-Landesverbände in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen war geprägt von einem großen Interesse an einer Erfassung strategischer Umorientierungen insbesondere der NPD in den vergangenen 18 Jahren. Unter den Begriff Extreme Rechte fasste der Friedensforscher Dr. Fabian Virchow (Universität Marburg) neofaschistische Parteien wie NPD und DVU wie auch extrem reaktionäre und völkische Parteien wie die REP. Mit der Veränderung der internationalen Lage seit dem Zerfall der Sowjetunion und des Sozialistischen Lagers sieht sich auch die Extreme Rechte vor die Aufgabe einer Neubewertung ihrer strategischen Positionen aus völkischer Sicht gestellt. Bis 1990 sahen neofaschistische Parteien die Neutralität der BRD als Alternative zu Westbindung und NATO. Ihnen ging es auch mehr um die Kontinuität der Wehrmachtstradition. Die Stärkung der Bundeswehr mit atomaren Waffen sollte einen Gegenpol zu den Westmächten, insbesondere zu den USA, schaffen. Die Revision der Grenzen, insbesondere im Osten, stellte den Kitt der Zusammenarbeit zwischen rivalisierenden Gruppierungen. Unter heutigen Bedingungen sieht die Extreme Rechte die Türkei, Israel und die USA als Hauptfeind. Aus völkischer Sicht begrüßen sie die Bildung einer Achse Paris-Berlin-Moskau. Ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr an der Seite der USA lehnen sie ab. Separatistische Bewegungen in Ost und West werden unterstützt. Die EU soll verschwinden, ein System unterschiedlicher Abhängigkeit von einem vergrößerten Deutschland entstehen, ganz im Sinne der geopolitischen Großraumvorstellungen seit der Kaiserzeit. Polen ist bei diesen Betrachtungen nicht vorgesehen.

Im zweiten Teil des Tages stellte die Hamburger Journalistin Rena Kenzo die Veränderungen im Rollenbild der Frau in neofaschistischen Bewegungen dar. Deutlich wurde eine verstärkte Position in Andrea Röpkes Film „Neonazistinnen, Frauen in der Rechten Szene“. Verstärkt treten sie in der Öffentlichkeit in Erscheinung, nehmen Aufgaben wahr, die weitgehend Männerdomäne sind. Äußerlich sind sie kaum von Frauen verschiedener Milieus zu unterscheiden. Ist der Ring Nationaler Frauen eher eine Vorfeldorganisation der NPD, so finden sich in der Gemeinschaft Deutscher Frauen eher Anhängerinnen der Kameradschaftsszene. Anhand der Biographien führender Vertreterinnen vermittelte Rena Kenzo Kontinuität und Brüche zu traditionellen neofaschistischen Mädchenbünden der 50er und 60er Jahre und die Unterschiede in der Arbeit der „Stillen Hilfe“ und der „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene“. Zugangsmotive sind heute oft völkische Verarbeitung sexueller Gewalterfahrung und Gemeinschaftserlebnisse in einer Region ohne sozialkulturelle Angebote. Rena Kenzo beklagte die mangelnde finanzielle Förderung frauenspezifischer Untersuchungen.



Foto Lore Meimberg

Nach einer Auswertung der Samstagsveranstaltung wandten sich die TeilnehmerInnen am Sonntagmorgen der Fortsetzung der NPD-Verbotskampagne zu. Die Gewinnung von Multiplikatoren steht nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern im Mittelpunkt. In Bremen sollen in einem ersten Schritt die Erstunterzeichner und weitere prominente Unterzeichner zu einer Stellungnahme gewonnen werden. Es können auch andere Ausdrucksformen als schriftliche eingeworben werden, Zeichnungen, Musikstücke, Fotos. Verstärkt sollen auch Bündnispartner zum Mitmachen geworben werden. Bislang befürworten erst vier Innenminister die Schaffung von Voraussetzungen für einen neuen Verbotsanlauf. Lediglich Ehrhardt Körting hat den Schritt getan, die Kontakte zu den V-Leuten auf der Führungsebene abzuschalten. Das sollte sich ändern lassen.

Für die Nordkonferenz im kommenden Jahr wurden als Themenwünsche Rechtsrock/Szenekleidung, Gedenkstättengesetz, Konservatismus – Grauzone, Verfassungsschutz und VVN und ein friedenspolitisches Thema geäußert. Die Beschränkung auf zwei Themen mit ausreichender Diskussionszeit wurde positiv vermerkt. Die Neofaschimuskommission Küste wird die Konferenz 2010 vorbereiten. Das Organisatorische wird 2010 die VVN-BdA Schleswig-Holstein übernehmen. Mit Genesungswünschen für den Vorsitzenden von Heideruh Helmut Fleischhauer verabschiedeten sich die Teilnehmer vom Wohn- und Ferienheim Heideruh.

Raimund Gaebelein, Bremen

Kappelner Bürger wehren sich: „Runder Tisch gegen Neonazis“ entsteht

Kappelner Bürgerinnen und Bürger haben die „Schnauze voll“ von den Nazis! Wir erinnern uns: Im Oktober und November des letzten Jahres fielen die Neonazis der NPD aus Nordfriesland und Kiel in Kappeln ein und beglückten uns mit Infoständen und sogenannten Mahnwachen. Dieses ließen sich die Kappelner nicht gefallen und geleiteten die Nazis mit Unterstützung auch aus der Umgebung wieder aus der Stadt heraus (Die AR berichtete in der letzten Nummer 62). Diese deftige Niederlage ließ die NPD und ihre Anhänger nicht ruhen. Wohl wissend, dass sie nicht willkommen sind, verzichteten sie auf die Anmeldung von Infotischen. Stattdessen meldeten sie sich mit 2 massiven Flugblattaktionen in Kappelner Wohngebieten zurück. Als Weihnachtsgeschenk verteilten sie am 13. Dezember in Kappeln-Ellenberg ca. 3000 Flugblätter mit sozialdemagogischen Phrasen. Nach einmonatigem Winterschlaf beglückten uns die Neonazis der NPD am 17. Januar mit einem vierseitigen Flugblatt: Überschrift: „Kappeln sagt nein zu Demokratie und Meinungsfreiheit“. In diesem Pamphlet stellten sich die Nazis einmal mehr als Opfer dar und lamentierten über die „Kumpanei“ von Sozialdemokraten, „linksextremistischer VVN“ und Gewerkschaften. Kein Wort über ihre im Internet und anderswo geäußerten frechdreisten Drohungen an die Adresse der Stadt und ihre Einwohner.

Nun war es genug: Kappelner Bürgerinnen und Bürger entschlossen sich, gegen die Bedrohung durch die Neonazis einen „Runden Tisch gegen Neonazis“ zu bilden. In diesem Gremium treffen sich VertreterInnen aller Ratsparteien (SPD, CDU, Grüne, Liberale Wählergemeinschaft und SSW), aber auch Gewerkschaften, Kirchen, VVN-BdA und eine Reihe nicht organisierter Menschen. Hier wird diskutiert, aber auch gehandelt.

Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt und der Gewerkschaft ver.di wird vom 19. März bis zum 16. April die Berliner ANNE FRANK-Ausstellung im Rathaus gezeigt. Auszubildende der Stadt und Kappelner Schüler/innen unterstützen dieses Projekt „Anne Frank – eine Geschichte für heute“. Darüber hinaus organisiert der „Runde Tisch“ eine Veranstaltung mit dem Journalisten Andreas Speit mit dem Thema: „Nazis in Kappeln und anderswo – eine Gefahr für die Demokratie!“.

Diese Veranstaltung findet am Montag, den 23. März um 19 Uhr in der Pausenhalle des Klaus-Harms-Gymnasiums statt. Hier wird Andreas Speit über Pläne, Strategien und Methoden der NPD und ihrer Hilfstruppen der „Freien Kameradschaften“ berichten. Fast überflüssig zu erwähnen, dass die Nazis der NPD und ihre Kumpane hier nicht willkommen sind! Einmal mehr bestätigt sich die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung: Nur gemeinsam sind wir stark!

Hartmut Büchsel

Löst sich die NPD auf?

„Was wollt ihr denn noch mit eurer Kampagne no.npd? Die sind doch pleite. Die braucht man doch gar nicht mehr zu verbieten!“ So oder ähnlich hört man es in den letzten Wochen häufiger. Kann die NPD überhaupt die finanziellen Verluste durch Unterschlagung, Betrug, falsche Spendenabrechnungen in Millionenhöhe und dazu Auseinandersetzungen bis hin zu körperlichen Attacken auf allen Ebenen, Auflösung des „Deutschlandpaktes“ mit der DVU usw. überleben? Die teilweise Abkehr von „freien Kameradschaften“ und anderen parteiungebundenen Kräften? Zunächst einmal muss man sehen, dass das finanzielle Desaster ganz sicher den finanziellen Spielraum der NPD stark einschränkt – aber eben nur einschränkt! Denn die Steuergelder, die ca. 60 % der Einnahmen ausmachen, fließen ja weiter. Die Rückzahlungen, die wegen der falschen Spendenabrechnungen von der Bundestagsverwaltung erhoben werden, können in Raten geleistet werden. Möglicherweise hat der verurteilte Schatzmeister auch noch nicht die ganzen 800.000 Euro verprasst. Und außerdem hat Jürgen Rieger seine der NPD zur Verfügung gestellten Darlehen verlängert. Dazu kommt, dass der überwiegende Teil der Aktiven, seien sie nun Mitglieder oder parteiungebunden, hoch motiviert und unentgeltlich arbeitet; lediglich ein sehr kleiner Zirkel um die Kreis- und Landtagsfraktionen werden für ihre (Un-)Taten bezahlt.

Die Auseinandersetzungen, denen sowohl Richtungskämpfe, Profilierungssucht und persönliche Feindschaften zu Grunde liegen, sind eigentlich unausgesprochene Programmbestandteile: Eine Ideologie, die Sozialdarwinismus und das angebliche „Recht des Stärkeren“ zur Grundlage hat, muss den permanenten Machtkampf auch intern führen. Daher ist übrigens auch der in abgewandelter Form geklaute Slogan „Hoch die nationale Solidarität!“ ebenso verlogen wie „Sozial geht nur national!“ Allerdings: wer auch immer auf dem vorgezogenen Bundesparteitag Vorsitzender wird, wird auf heftigen Widerstand von bedeutenden Gruppierungen innerhalb wie am Rande der Partei stoßen. Den führenden Personen ist aber auch klar, dass der relative Erfolg der letzten Jahre nur dadurch zustande kam, dass sich diverse Strömungen des neofaschistischen Lagers auf gemeinsame Absprachen eingelassen haben (Stichwort: „Volksfront von rechts“). Deshalb sind die Versuche, dieses Bündnis in Frage zu stellen, z.Zt. noch Geplänkel um die Vorherrschaft. Erst wenn sich eine der verschiedenen Richtungen deutlich im Vorteil wähnt und meint, die anderen majorisieren bzw. auf sie verzichten zu können, wird sich daran etwas ändern.

Derzeit nutzen die meisten auch Parteiunabhängigen noch die Parteistrukturen der NPD. Damit würde ein Verbot der NPD, wie vom größten Teil der Bevölkerung gefordert, die Bekämpfung des gesamten neofaschistischen Lagers entscheidend voran bringen. Wer glaubt, die NPD sei so gefährlich, dass man es sich nicht leisten könne, auf die Bezahlung von Neonazis aus Steuergeldern in den Führungsgremien zu verzichten („Spitzel“), argumentiert, eine Partei könne um so weniger verboten werden, je gefährlicher sie ist!

rb



Wir rufen alle Menschen dazu auf, die Ostermärsche in Wedel, Kiel und Hamburg zu unterstützen!

2009 jährt sich zum 70. Mal der Beginn des zweiten Weltkrieges. Er war das Resultat der faschistischen Diktatur, die das Bündnis aus alten Eliten, großer Industrie und Militär in der Krise nach 1929 in Deutschland etablierte, um deren Macht und Profite zu sichern. Faschismus und Krieg töteten ca. 55 Millionen Menschen, verursachten weltweit Elend und ungeheure Zerstörungen. Deshalb gilt: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.

So die friedenspolitischen Schwerpunkte 2009 des Bundesauschuss Friedensratschlag, in dem die VVN-BdA mitarbeitet.

Deutschland hat deshalb eine besondere Verantwortung für den Frieden, d.h. nie wieder soll von deutschem Boden Krieg ausgehen – so der gesellschaftliche Grundkonsens nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Mit seiner Beteiligung an dem völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien vor 10 Jahren hat die Bundesregierung dieses Tabu gebrochen – weitere Tabubrüche folgten. Umso wichtiger ist es, dass Menschen Jahr für Jahr an Ostern auf die Straße gehen und für den Frieden demonstrieren und den Konsens „nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ in diesem Land immer wieder einfordern.

Kriege beenden – dem Frieden eine Chance! 60 Jahre NATO sind genug! Ende der deutschen Besatzungspolitik in Afghanistan! Abrüstung statt Sozialabbau! Nein zum Krieg!

Das sind die zentralen Losungen für die Ostermärsche im Norden 2009.

Ostersamstag 11.4.2009

Kiel um 12.00 Uhr, Auftaktkundgebung am Asmus-Bremer-Platz mit Dr. Peter Strutynski, Friedensforscher, Sprecher des Kasseler Friedensratschlag und das Duo Eric & Anders, Folk für den Frieden, Abschlusskundgebung ca 13.30 Asmus Bremer Platz

Wedel um 10.30 Uhr Auftakt auf den Rathausmarkt, mit Heidi Beutin, Literaturwissenschaftlerin, Friedensbewegung und Karsten Wessels, DGB-Regionalvorsitzender, Kindergesangsgruppe Nancy Gomez

Zwischenkundgebung mit Helmut Welk, Friedenskreis Pinneberg und ZAA, ca. 12.00 Uhr Friedensfest auf der Batavia mit der Oma Körner Band Um 13.00 Uhr Diskussion „60 Jahre NATO sind genug“ mit Heidi Beutin, Carsten Wessels und Heinz Stehr

Ostermontag, 13. April 2009

in Hamburg Auftakt um 12.00 Uhr: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona, Friedensandacht um 11.30 in der Friedenskirche, Friedensfest um 14.00 auf dem Großmarkt mit Livemusik, Phillie Brandt u. Holger Burner (Rapper), Rotdorn (Politfolk), Götz Steeger

Bernd Meimberg, VVN-BdA Lübeck

26 weitere Stolpersteine in Kiel – einer für den früheren Reichsabgeordneten der KPD

Christian Heuck, dessen Grab auf dem Kieler Eichhof zu finden ist, wird am 24. April 2009 ein weiteres Gedenken und Erinnern in Kiel finden. Am Wall 72 a, seinem letzten Wohnsitz, (vor dem heutigen NDR), wird ein Stolperstein für Krischan, wie ihn seine Genossen und Freunde nannten, mit seiner Kurzbiografie von dem Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt werden: *„Hier wohnte Christian Heuck, JG. 1892, verhaftet Feb. 1933, von SS erhängt in seiner Zelle, 23.2.1934, Gefängnis Neumünster.“*

Sein Amt für die Kieler Stadtverordnetenversammlung konnte Christian Heuck nicht mehr antreten, da er am 4. Februar 1933 verhaftet wird. Wegen „oppositioneller Aktivitäten“ wird er am 27. Juni 1933 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vom Oberreichsgericht in Leipzig verurteilt und in das Zentralgefängnis nach Neumünster überführt. Es ist nicht seine erste Freiheitsstrafe aufgrund seiner politischen Tätigkeit, aber diese wird er nicht überleben. Unter Vorwand einer gemeinsamen Einsatzübung mit der Polizei verlangt der damalige kommissarische Leiter der Schutzpolizei Neumünsters Heinrich Möller mit seinen SS-Männern am 23. Februar 1934 Zutritt in das Gefängnis.

In der „Ereignismeldung“ der Gestapo Altona vom 27. Februar an das Gestapa Berlin wird gemeldet: „Am 23. Februar 1934 gegen 22.30 Uhr, hat sich der Strafgefangene und ehemal. Kommunistenführer Christian Heuck .... in seiner Zelle erhängt.“

In einem weiteren Bericht erfolgt eine detaillierte Schilderung, um die weiteren Verletzungen dem Selbstmord zuzuordnen. Auch in der Presse wird diese Falschmeldung verbreitet. Wie Christian Heucks Ehefrau glauben auch seine Genossen nicht an den Selbstmord.

Mitgefangene erinnern sich an diese Nacht, in der sie von furchtbarem Lärm und Schreien geweckt wurden. *„Wir verstanden, dass eine Gewalttat passierte und schlugen mit unserem Essgeschirr an die eisernen Türen. Wir hörten, das ein Mann Widerstand leistete...“,* heißt es in einer schriftlichen Auskunft von Dr. F. Paulsen, der als Student von Ende 1933 - 1935 in Neumünster eine Gefängnisstrafe wegen Übersetzung und Verbreitung eines Artikels des „Manchester Guandian“ verbüßte.

Heinrich Möller, der bis zum SS-Standartenführer aufsteigt, wird 1937 kommissarischer Polizeipräsident von Flensburg und nach einer Umorganisierung Polizeidirektor. Ab August 1941 fungiert er als SS- und Polizeiführer Estland und ist sehr wahrscheinlich an der Vernichtung von 3000 bis 5000 estnischer Juden beteiligt.

Im Dezember 1947 wird H. Möller

von der Strafkammer des Landgerichts Kiel wegen Mordes an Christian Heuck und Rudolf Timm (KPD, Neumünster) zum Tode verurteilt. In der Begründung zum Tathergang heißt es unter anderem: *„ ... M. begab sich mit seinen Männern in die eigentliche Anstalt und ließ sich die Zelle Heucks nachweisen und die Schlüssel zu dieser Zelle geben. Auch in diesem Fall ging M. nicht in die Zelle mit hinein. Er ließ auch diese Tat durch die von ihm dafür ausersehenen Leute in gleicher Weise wie bei Timm ausführen, sah aber gelegentlich durch den Spion in die Zelle. In dieser wurde Heuck nach voran gegangenem Kampf überwältigt und erhängt“.*

Die Strafe von H. Möller wird 1948 von Ministerpräsident Lüdemann (SPD) in lebenslange Haft umgewandelt. Nachdem 1954 die Freiheitsstrafe nochmals auf 15 Jahre reduziert wird, weil man von Reue ausgehe, da der Strafgegangene sich mit Lesestoff zu ethnischen Fragen beschäftigt habe, kommt er 1957 frei.

Die Patenschaft des Steines hat die VVN-BdA Kiel übernommen.

Christel Pieper, Kiel

Gudendorf 2009: Tote Kriegsgefangene mahnen uns Nie wieder Rassismus, Faschismus und Krieg

Die Initiative „Blumen für Gudendorf“, vor fast 30 Jahren gegründet, um der sowjetischen Kriegsgefangenen zu gedenken, die in Dithmarschen und angrenzenden Kreisen Schleswig-Holsteins Opfer des Vernichtungsfeldzuges des Naziregimes wurden, ruft am **9. Mai 2009, um 14 Uhr** zu einer **Mahnkundgebung auf dem Ehrenfriedhof Gudendorf/St. Michaelisdonn** in Dithmarschen auf.

Wir wollen an den Massengräbern jener Menschen gedenken, die fern der Heimat Opfer der nazistischen Gewaltherrschaft wurden. Unser Gedenken soll darauf hinweisen, wohin Rassismus, Faschismus und Krieg führen. Die Lehre der Geschichte zweier Weltkriege, die von deutschem Boden ausgingen, lautet: Krieg kann niemals Frieden bringen. Daher fordern wir mit der Friedensbewegung in unserem Land: Schluss mit dem Krieg in Afghanistan, Rückzug der Bundeswehr vom Hindukusch und aus den anderen Spannungsgebieten der Welt. Von Deutschland darf nur Frieden ausgehen.

Das Hinweisschild zum Ehrenfriedhof in Gudendorf/St.Michaelisdonn ist irreführend: Es handelt sich hier nicht um Kriegsgräber im allgemeinen Sinn, sondern um eine Grabstätte für Opfer der Vernichtungspolitik des Naziregimes. Das zu betonen, ist umso notwendiger, als erneut und in immer stärkerem Maße rechtsextremistische Parteien, Gruppierungen und Medien die Forderung erheben, die Vergangenheit zu vergessen.

Zugleich verbreiten Nazi-Ideologen erneut das Gift des Rassismus in Wort und Schrift, auf öffentlichen Kundgebungen und sogar in Stadträten, Kreistagen und auch schon in Landesparlamenten. Aktuell machen sie Anstrengungen, weitere Erfolge bei den Europawahlen und zum Bundestag zu erzielen. Obwohl sie Ausländerhass schüren und zunehmend Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe und Herkunft ausüben und damit das Grundgesetz verletzen, lässt man sie gewähren. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch “, mahnte einst der Dichter Bert Brecht.

Wir legen jedes Jahr aus Anlass des Tages der Befreiung von Krieg und Faschismus auf dem Ehrenfriedhof Gudendorf unsere Blumen und Kränze nieder, um der Toten zu gedenken und für den Frieden zu mahnen. Wir dürfen nicht schweigen und verschweigen. Die toten Kriegsgefangenen von Gudendorf mahnen uns. Redner am 9.5.: Hartmut Büchsel (VVN-BdA), Andacht: Pastor Dr. Stein (Barlt)

Der lange Winter in Springhirsch Buchbesprechung

Der Autor Jürgen Gill, ein pensionierter Geschichtslehrer, hat in seinem Buch „Der lange Winter in Springhirsch“, erschienen 2008 im Wachholtz-Verlag Neumünster, eine Arbeit von Gerhard Hoch („Hauptort der Verbannung, das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen“) zur Grundlage genommen, neue Erkenntnisse hinzu gefügt und sie um die Geschichte der Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen erweitert.

Eineinhalb Jahre hat Jürgen Gill recherchiert, Dokumente gesammelt, Briefwechsel geführt und Zeitzeugen befragt. Seiner Einleitung stellt er die Aussage von Gerhard Hoch voran, der in der ersten Ausgebe seines Buches schrieb: „Um zu gesicherten Ergebnissen zu kommen, wurde versucht, alle erreichbaren Unterlagen im In- und Ausland einzusehen und auszuwerten. Archive in Frankreich, England, Belgien, den Niederlanden, Polen und der DDR haben bereitwillig geholfen…

Die wichtigsten Informationen stammen jedoch von Überlebenden des KZ-Außenkommandos aus Polen, Frankr4eich, Holland und der BRD…“

Das Lager war 1944 eingerichtet worden, um zwischen Quickborn und Lentföhrden eine Start- und Landebahn für Militärflugzeuge zu bauen. 214 Häftlinge leisteten dort im Winter 1944/45 bei bis zu minus 20 Grad unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit.



„Der lange Winter in Springhirsch“, 9,90 Euro, ISBN 978-3-529-06134-9

„Es wird nie eindeutig zu klären sein, wie viele Menschen hier starben,“ schreibt Jürgen Gill. 214 Namen sind bislang bekannt, doch mündliche wie schriftliche Aussagen unterschiedlicher Zeugen lassen eine Zahl über 500 vermuten. Dem überlebenden französischen Häftling Richard Trackx gelang es, als Anführer des Beerdigungskommandos heimlich ein Verzeichnis der Toten anzufertigen, deren Namen er kannte – eine unschätzbare Hilfe für die Suche der Hinterbliebenen und die Aufarbeitung dieses Kapitels .

Doch die Geschichte des KZ-Außenkommandos Kaltenkirchen endet nicht mit dem Tag der Befreiung am 8. Mai 1945. Die Leiden der Opfer setzen sich fort, aber auch das Handeln und Wegtauchen der Täter bleiben ein wichtiger Faktor der Nachkriegsgeschichte.

Als Einführung werden in dem Buch die 31 Tafeln der Ausstellung im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte vorgestellt, die von Gerhard Hoch erarbeitet wurden. Sie sind hervorragend geeignet, dem Leser einen Überblick über das Thema zu geben.

Marianne Wilke



Foto Lore Meimberg

Unser Infostand am 14.3.09 in Lübeck stand unter dem Motto NPD-Verbot jetzt – kein Naziaufmarsch in Lübeck am 28.3.09. Viele Lübecker unterschrieben unseren Aufruf an den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, eine Initiative für ein NPD-Verbot zu starten, nachdem S-H seine V-Leute abgeschaltet hat.

Gespannt waren wir, ob BürgerInnen auch ihre Meinung auf das Formblatt „5000 Gründe für das NPD Verbot" eintragen, damit sie im Internet veröffentlicht werden kann. Einige machten das sofort – mit anderen musste länger darüber gesprochen werden. Aber immerhin es ging. Wir haben dann zu Hause die Meinungen ins Internet gestellt. Froh sind wir, dass der Kreisparteitag der SPD unsere Forderung aufgegriffen hat und Druck machen will.

Termine

Rolf Becker liest das Manifest
Am Sonnabend, den **18. April** liest der Schauspieler Rolf Becker um 17 Uhr in der Mengstraße 41 in Lübeck das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels.

Lorenz Knorr spricht in Lübeck
Aus Anlass des Tages der Befreiung von Krieg und Faschismus, am Freitag, **8. Mai**, um 19 Uhr, spricht der Autor und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Lorenz Knorr, im Lübecker DGB-Haus, Holstentorplatz zum Thema „Wem nützt die extreme Rechte?" Knorr wird dabei Fragen beantworten wie „Wie entsteht Faschismus?" und „Was hat die Militärpolitik damit zu tun?" Die VVN-BdA stellt ihre Veranstaltung in die Verbotskampagne gegen die NPD.

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-211658, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
BLZ 216 617 19, KNR 4332970